

Antrag für den LPT SPD Hamburg: Erleichterung der Antragsverfolgung

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag:

1. Die SPD-Landesorganisation Hamburg soll allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der Antragverfolgung einräumen. Die Antragsverfolgung soll künftig online, über die Homepage der SPD Landesorganisation Hamburg möglich sein. Dabei sollen die Anträge anhand der Antragsteller, dem eingereichten Datum, dem Antragsbereich, dem Titel des Antrags und dessen aktuellen Status der Umsetzung nachverfolgt werden können („Antragsverzeichnis“). Jeder Antrag ist mit einer Nummer zu versehen, welche auf den Antragsteller und Beschlusszeitpunkt schließen lässt. Der aktuelle Status ist durch die Stelle, an die sich der Antrag gerichtet hat (z.B. Parteivorstand, Fachbehörde, Fraktion), in Kommentarform anzugeben.
2. Sobald ein Antrag beschlossen wurde (schon auf Distriktsebene oder in einer der Arbeitsgruppen) und sich an die Landesebene richtet, soll er in das Antragsverzeichnis aufgenommen werden.
3. Die SPD Landesorganisation Hamburg soll dafür sorgen, dass das Antragsverzeichnis regelmäßig aktualisiert und angepasst wird. Dabei soll der aktuelle Status der Umsetzung der Anträge in dem Antragsverzeichnis durch die jeweils zuständige Instanz (Parteivorstand, Fachbehörde, etc.) angegeben werden.
4. Bei jedem Landesparteitag soll der Landesvorstand einen Bericht über die Antragsumsetzung bzw. den Fortgang des Antrages, seit dem Zeitpunkt des letzten Parteitages, abgeben.

Begründung:

Der Entwurf von Anträgen ist das Herzstück parteiinterner Arbeit. Dadurch wird die Basisbeteiligung gesichert und maßgeblich inhaltliche Parteiarbeit geleistet. Aus diesen Anträgen kann die Partei Positionen zu den verschiedensten Themen entwickeln.

Leider gibt es derzeit auf Landesebene keine Übersicht dazu, welche Anträge zu den einzelnen Landesparteitagen eingereicht wurden, oder Hintergründe zu deren Antragsgeschichte. Dies führt dazu, dass Anträge versehentlich doppelt eingereicht und damit wichtige Ressourcen verschwendet werden. Auch die Motivation einzelner Parteimitglieder zur Antragsarbeit sinkt, wenn diese den Status der eigenen entworfenen Anträge nicht mehr nachverfolgen können und diese Anträge irgendwo im „Nirwana“ verschwinden.

Beschlossene Positionen sollen bestenfalls auch irgendwann Realität werden. Beschlüsse der Partei in der praktischen Politik sollen ihren Niederschlag finden. Ein mehr an Transparenz heißt auch eine bessere Übersicht über die aktuelle Entwicklung beschlossener Anträge, nur so kann ein mehr an Durchlässigkeit von Regierungshandeln erreicht werden.

Eine solche Transparenz kann durch eine chronologische Übersicht der Anträge auf Landesebene, in den Distrikten und den antragberechtigten Arbeitsgruppen erreicht werden. Weiterhin soll verfolgt werden können, wie auf höheren Gliederungsebenen weiter mit den Anträgen verfahren wurde.

In anderen Bundesländern ist eine solche Praxis schon lange an der Tagesordnung. Ein gutes Beispiel ist unter der Seite: <http://parteitag-spd-brandenburg.de/antragsverfolgung/> einsehbar.

Im Rahmen des Beschlusses des SPD-Vorstandes zur Erneuerung der SPD vom 21. April 2018 wurde das Zurückgewinnen von Vertrauen durch „*verlässliche Prozesse mit genug Zeit, breiter Beteiligung, programmatischer Klarheit und Transparenz*“ zur Kernaufgabe der Partei gemacht. Dieses Anliegen gilt es durch die Landesorganisationen voranzubringen und zu fördern. Ein maßgebliches Instrument dafür ist die Nachverfolgung von Anträgen, als wichtiges Instrument der politischen Willensbildung.